

rungen, so durch die Gesetze vom Dezember 1916 und April 1922. Von besonderer Bedeutung war das Gesetz vom 1. Juni 1922, welches Vorschriften über den bedingten Strafnachlaß, die bedingte Entlastung, Tilgung der Verurteilung, Wahl- und Stimmrechteinstellung, ferner Bestimmungen über Strafunmündige und Jugendliche, Arbeitshaus, Geldstrafen usw. enthält.

Im Sinne der Bestimmungen der neuen Verfassung vom 5. Oktober 1921 wurde das Gerichts-Organisationsgesetz vom 7. April 1922 erlassen, wodurch insbesondere die Straf-Gerichtsbarkeit beim Landgerichte eine neue Regelung erfuhr und zwar in der Richtung, daß über Uebertretungen der Landrichter als Einzelrichter, über Vergehen das Schöffengericht und über Verbrechen das Kriminalgericht entscheidet. Schöffengericht und Kriminalgericht sind Kollegialgerichte in der Stärke von drei, beziehungsweise fünf Mitgliedern, welche mehrheitlich mit Laienrichtern besetzt sind.

P r i v a t r e c h t. Was das Privatrecht anbetrifft, so wurde in Liechtenstein durch fürstliche Verordnung von 18. Februar 1812 das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch für das Kaisertum Oesterreich rezeptiert. Ausgenommen waren nur die Bestimmungen über das Erbrecht. Bis zu dieser Zeit hatte unser Land in seinem „Landsbrauch“ ein eigenes Privatrecht, das ausschließlich auf Gewohnheitsrecht beruhte. Durch eine fürstliche Verordnung vom April 1846 wurde dann auch das Erbrecht des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches rezeptiert und die bis zu diesem Zeitpunkte geltende Erbfolge- und Verlassenschaftsabhandlungsordnung vom 1. Jänner 1809 außer Kraft gesetzt.

Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch war für die Zeit vor hundert Jahren ein ausgezeichnetes legislatives Werk. Wenn es auch für unsere Bevölkerung ein nicht bodenständiges, ein landfremdes Recht geschaffen hat, hielt es sich doch bis anfangs der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts in unverändertem Zustande, bis sich endlich eine Reform als eine unabwend-